

Beschluss der MVV LINKE. Neukölln am 21. Juni 2021

Leitlinien für die kommunalpolitische Arbeit der LINKEN. Neukölln

Im diesjährigen Wahlkampf werben wir „Alle Stimmen für DIE LINKE“ und wollen auch bei den Wahlen zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein starkes Ergebnis. Wenn es gelingt, das Ergebnis der letzten Wahl zu verbessern, dann wird DIE LINKE. Neukölln nicht nur mit einer stärkeren Fraktion in der BVV vertreten sein, sondern wahrscheinlich auch das Vorschlagsrecht für eine*n Stadtrat*in bekommen. DIE LINKE. Neukölln und ihre zukünftigen Vertreter*innen in der BVV und im Bezirksamt Neukölln verpflichten sich, folgende Leitlinien bei ihrer politischen Arbeit zu beachten:

Keine Fraktion ohne Aktion!

DIE LINKE streitet für wirkliche Veränderungen, auch in der Neuköllner Bezirkspolitik. Dazu sucht die BVV-Fraktion aktiv die enge Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband und mit Initiativen und Bewegungen. Am stärksten sind wir immer dann, wenn wir Projekte und Kampagnen inner- und außerhalb des Parlaments verbinden und vorantreiben. So können wir konkrete Ziele erreichen und gleichzeitig neue Mitstreiter*innen gewinnen. Dies ist der Fokus der Fraktionsarbeit. Die Bezirksverordneten der LINKEN suchen aktiv den engen und dauerhaften Austausch mit dem Bezirksverband, indem sie zum Beispiel regelmäßig in Basisorganisationen mitarbeiten. Über zentrale Fragen der politischen Ausrichtung entscheidet die Mitgliederversammlung der LINKEN. Neukölln. Diese Entscheidungen sind von der Fraktion zu respektieren.

Tiefgreifende Veränderung in Neukölln wird es erst geben können, wenn sich auch um Neukölln herum viel ändert. Deswegen hat der Aufbau der Partei DIE LINKE als Kraft der gesellschaftlichen Veränderung höchste Priorität – auch für die politische Arbeit der Funktionsträger*innen in Parlament und Exekutive. Der Erfolg von Projekten und Initiativen bemisst sich immer auch daran, ob DIE LINKE dadurch gestärkt wird.

Innerhalb der Fraktion arbeiten wir gleichberechtigt als Team. LINKE Bezirksverordnete sollen nicht in erster Linie die kenntnisreichsten Expert*innen in aufgeteilten Fachgebieten sein, sondern vor allem engagierte Aktivist*innen für unsere Ziele. Im parlamentarischen Alltag wird das Tagesgeschäft schnell von vorgegebenen Tagesordnungen bestimmt. Wir setzen uns dagegen auch eigene Ziele und machen Druck, indem wir den privilegierten Zugang zu Presse und Öffentlichkeit nutzen. Dafür suchen wir den regelmäßigen Austausch mit Bündnispartner*innen und arbeiten selbst in Bewegungen mit. Wir wollen insbesondere auch mit Neuköllner*innen in Kontakt treten, die nicht von allein auf uns zukommen. Nur so erfahren wir, was sie bewegt und können dazu einladen, gemeinsam etwas zu verändern.

Grundlage unserer Arbeit im Bezirk ist das Bezirkswahlprogramm sowie das Programm der LINKEN. Wir werden keinem Bezirkshaushalt zustimmen, der Sozialkürzungen, Privatisierungen und Stellenabbau beinhaltet.

Der politische Handlungsspielraum von Bezirksamt und BVV ist sehr eng begrenzt: Auch die BVV ist Teil der Verwaltung und kann nur über einen winzigen Bruchteil des Bezirkshaushalts selbst bestimmen. Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln darf sich nicht in die Position bringen, einem nicht auskömmlichen Haushalt zustimmen oder Maßnahmen mittragen zu müssen, die den Grundsätzen der Partei DIE LINKE zuwiderlaufen. Wir machen nicht dadurch einen Unterschied, indem wir besser entscheiden, wo gekürzt wird.

Wir haben in Neukölln Erfahrungen mit erfolgreicher Oppositionsarbeit gemacht. Dennoch könnte eine Situation entstehen, in der DIE LINKE aufgefordert wird, eine/n Bürgermeister*in der SPD oder der Grünen mitzuwählen. DIE LINKE muss eine eventuelle Mitwahl an klare, öffentlich kommunizierte und wirkungsvolle Bedingungen, beispielsweise ein Ende der Politik der rassistischen Razzien und Polizeikontrollen, knüpfen.

Über eine Zählgemeinschaft mit anderen Fraktionen und eine Mitwahl der/s Bürgermeister*in entscheidet eine Mitgliederversammlung der LINKEN. Neukölln.

Stadträt*in

Wenn der Partei DIE LINKE nach der Wahl in Neukölln das Vorschlagsrecht für eine/n Stadträt*in zukommt, strebt sie einen Verantwortungsbereich an, der maximale Aufmerksamkeit bei den Neuköllner*innen und in der Öffentlichkeit finden kann und der die Möglichkeit bietet, mit Initiativen und Basisakteur*innen zusammenzuwirken und politische Projekte umzusetzen, die das Leben der Neuköllner*innen verbessern.

Bei den Verhandlungen über die Verteilung der Ressorts im Bezirksamt muss jedoch die Attraktivität eines Ressorts gegenüber anderen politischen Zielsetzungen gut abgewogen werden.

DIE LINKE beteiligt sich prinzipiell nicht an Sozialabbau und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Wenn uns ein Ressort angetragen werden sollte, bei dem absehbar ist, dass wir in Mitverantwortung für Kürzungen und Austeritätspolitik genommen werden sollen, behalten wir uns vor, unser Vorschlagsrecht nicht wahrzunehmen und die Position des Stadtrates vakant zu lassen.

Von Kandidat*innen, die von der LINKEN. Neukölln als Stadträt*in vorgeschlagen werden wollen, erwarten wir:

- Sehr enge Einbindung in den Bezirksverband Neukölln der LINKEN und Loyalität gegenüber den demokratisch gewählten Gremien und Beschlüssen.
- Enge Zusammenarbeit mit der BVV-Fraktion und dem Bezirksverband Neukölln der LINKEN während der gesamten Amtszeit. Dies beinhaltet auch die regelmäßige Teilnahme an Sitzungen.
- Ein politisches Verständnis des Amtes: Es gilt, sich nicht der Verwaltungslogik zu fügen, sondern die Grenzen des Machbaren zu kennen und, wo es geht, sie durch demokratischen, außerparlamentarischen Druck zu erweitern und zu sprengen.

- Wo immer möglich Projekte anzustoßen, die ein solidarisches Miteinander fördern statt die Menschen im Bezirk zu spalten und berechnete Interessen gegeneinander auszuspielen.
- Ein offensives Eintreten für LINKE Positionen: Auch wenn in der Amtstätigkeit gilt, dass das Bezirksamt „mit einer Stimme spricht“, kann die/der Stadträt*in als bekanntes Parteimitglied eine abweichende Meinung formulieren.
- In Konfliktsituationen eine öffentlich sichtbare Positionierung auf der Seite der von Kürzungen oder Repression Betroffenen, auch gegen die Politik des Bezirksamts oder des Berliner Senats, zum Beispiel bei Protesten gegen Kürzungen.
- Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen und die Ideologie dahinter öffentlich zu thematisieren und Alternativen aufzuzeigen
- Keine Beschränkung auf das eigene „Fachgebiet“: Unser/e Stadträt*in ist auf 1.-Mai-Demonstrationen ebenso zu sehen wie auf Klimaprotesten, bei Naziblockaden und am Infostand der LINKEN. Neukölln
- Unbedingte Beachtung der Grundsätze für Amts- und Mandatsträger*innen, wie sie auf der MVV am 24.10. 2020 beschlossen wurden

Der/die Kandidat*in für ein Stadtratsamt wird von einer Mitgliederversammlung des Bezirksverbands gewählt.

Politische Projekte

DIE LINKE ist eine antikapitalistische Partei, unser Ziel ist der demokratische Sozialismus. Wir schauen auch in der Kommunalpolitik über den Horizont von 30 Meter neuem Fahrradweg und einer halben Stelle zusätzlich im Wohnungsamt hinaus.

Deshalb entwickeln wir jetzt Zielsetzungen, die Forderungen auf der Bundes-, der Landes- und der Bezirksebene verbinden. Mit diesen Forderungen treten wir im Wahlkampf auf und suchen Bündnisse mit Initiativen und Bewegungen; nach der Wahl kann DIE LINKE in der BVV an die Kampagnen anknüpfen und die Projekte weiter entwickeln.

Als Arbeitsentwurf beschließen wir folgende Themenfelder, aus denen für den Wahlkampf Fünf-Punkte-Pläne entwickelt werden:

1. Wohnen und Mieten

2. Gesundheit

3. Armut bekämpfen

4. Klimaschutz

5. Gute Bildung

6. Kampf gegen Rechts